

Rechtsanwältin schildert ihren Kampf gegen das iranische Regime

Wenn Juristen rechtlos sind und verfolgt werden: Bewegende Veranstaltung mit Vorträgen und Musikdarbietungen im Nürnberger Presseclub

VON ULRIKE LÖW

Sie wurde bedroht, eingesperrt und zum Tode verurteilt – doch Mahnaz Parakand erhebt ihre Stimme weiterhin gegen Unrecht und für Menschenrechte. Zum „Tag des verfolgten Anwalts“ sprach die im Exil lebende Iranerin über ihre Arbeit.

Mahnaz Parakand spricht mit fester Stimme, immer wieder lächelt sie – dabei möchte man als Zuhörer schreien. Was hat diese Frau, die 1959 in Teheran geboren wurde, und Juristin wurde, um sich für Menschenrechte einzusetzen, nicht schon alles erlebt.

Das Mullah-Regime hätte am liebsten verhindert, dass sie überhaupt Anwältin wird. Bereits während ihres Studiums wurde sie, weil sie für Minderheiten eintrat, verhaftet und 1981 zum Tod verurteilt. Das drakonische Urteil wurde später in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt, nach fünf Jahren Haft kam sie frei. Das berühmte Teheraner Evin-Gefängnis – hier sitzt seit 2011 auch Abdollfatah Soltani, Träger des Nürnberger Menschenrechtspreises – ist für seine grausamen Foltermethoden bekannt; wer einmal hinter den dicken Mauern verschwindet, kommt selten wieder zurück.

Und doch schafften es die Machthaber nicht, dieser Frau die einzige Waffe, die sie hat, und mit der sie tagtäglich kämpft, zu nehmen. Parakand nutzt die Kraft des Wortes – und ist der Einladung von Amnesty International und musica nova e.V. gefolgt.

Vor etwa 300 Gästen hält sie im Marsaalsaal des Presseclubs eine eindringliche Rede.

Zum Wort gesellt sich die Kunst: Mitglieder des Philharmonischen Chors Nürnberg (Leitung: Gordian Teupke) treten auf, Shabnam Zamani singt, Hans Schanderl spielt auf einem persischen Instrument.

Ergreifend die Eröffnung von Schauspielerin Patricia Litten, die von der „Judenhure Marie Sanders“ singt: Eine Ballade, die Bertolt Brecht 1935 nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze geschrieben hat, um Judenhass zu thematisieren – aus heutiger Sicht widersprach er bereits damals der später gebrauchten Ausrede, man

habe von den Plänen der Nazis nichts gewusst. Die Nürnberger Rechtsanwälte Karl Lehner und Christine Roth erinnern an das Schicksal jüdischer Kollegen, die während des NS-Regimes erst schikaniert, schließlich entrechtet wurden. Als ihnen die Zulassung zur Anwaltschaft entzogen wurde, erfuhren sie „von ihren arischen Kollegen nicht die geringste Solidarität“, sagt Lehner.

Richter ohne Wissen

So wird deutlich: Mahnaz Parakands Schicksal teilen viele, denn Anwältinnen sind für Unrechtsregime in besonderer Weise gefährlich und unangenehm, weil sie sich auf Rechte berufen, die Regime zwar stolz vor sich hertragen, aber nicht anwenden – heute wie gestern.

Das islamische Revolutionsgericht ist seit 1979 als Sondergericht aktiv, um politischen und ideologischen Gegnern den Prozess zu machen. Die Richter würden, so Parakand, von Sicherheitsbeamten und dem Geheimdienst beeinflusst, richterliche Unabhängigkeit existiere nicht. Den Richtern fehle es an juristischen Kenntnissen, manche seien schlicht Geistli-

che. Haben die Anwältinnen in Prozessen das Wort, blicken die Richter gar zur Seite und äußern Unterstellungen. Als sich Parakand für sozial Schwache einsetzte, wurde behauptet, sie bekäme ihr Honorar „kofferweise aus dem Westen“. Als sie protestierte, wurde sie als „Verwandte“ von Israels Premierminister Netanjahu tituliert. Weil sie eine Frau ist, durfte sie ihren männlichen Mandanten Abdollfatah Soltani nicht im Gefängnis besuchen. Da sie ein erneutes Todesurteil fürchten muss, lebt die 56-Jährige im Exil in Norwegen.

Auch Soltanis Tochter Maede ruht nicht: Sie freut sich derzeit darüber, dass ihrem Vater ein einwöchiger Hafturlaub gewährt wurde – doch sie erinnert auch an mehrere hundert Menschen, die in Haft sitzen, weil sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit nutzen; auch für ihr Schicksal setzen sich die Redner und Künstler ein.

Professor Christian Kirchberg, Karlsruher Anwalt und Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses bei der Bundesrechtsanwaltskammer, beschreibt, wie im Rahmen von Regierungskonsultationen Solidarität mit verfolgten ausländischen Kollegen demonstriert wird – in Einzelfällen habe dies geholfen, die Lage Betroffener zu verbessern. „Etappensiege“ wie der Fall Soltani ermutigen, so Kirchberg. Doch er verschweigt auch nicht, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auch Deutschland schon rügte – im Jahr 2010 wurde gefordert, Maßnahmen gegen überlange Verfahren zu ergreifen.



Bürgermeister Klemens Gsell (rechts) durfte hochkarätige Juristen begrüßen: Rechtsanwalt Christian Kirchberg und Rechtsanwältin Mahnaz Parakand. Foto: Michael Matejka